



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 40 - Plenarwoche 14. - 18. November 2005

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



EVP-ED

I. Allgemeine Informationen

Die Endverbraucherpreise bei Telefonaten mit dem Mobiltelefon im Ausland sind derzeit ausgesprochen hoch. Deshalb können Handybenutzer, die im EU-Ausland unterwegs sind, sich im Internet über die günstigsten Telefontarife vor Ort informieren. Auf der Seite http://europa.eu.int/information_society/roaming sind die Auslandstarife von Mobilfunkbetreibern aus den 25 Mitgliedstaaten veröffentlicht. Dies gilt sowohl für die Gebühren für Anrufe nach Hause als auch für die für angenommene Anrufe berechneten Gebühren. Die Europäische Kommission verspricht sich von der Aktion einen Preisrückgang für das sog. Roaming. Seitdem die WeBSITE im Juli angekündigt wurde, haben sich bereits erste Anzeichen für mehr Wettbewerb gezeigt. Einige Betreiber bieten nun besondere Urlaubstarife an. Die EU bemüht sich seit Jahren um Transparenz für Roaminggebühren.

Die WeBSITE ist auf dem Stand von September und soll alle 6 Monate aktualisiert werden.

II. Das Europäische Parlament hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. EU-Chemikalienpolitik

Schwerpunkt der Novembertagung in Strassburg war die neue EU-Chemikalienpolitik "REACH" (**R**egistrierung, **E**valuierung und **A**utorisierung von **C**hemikalien). Bei dem Gesetzgebungspaket zu REACH handelt es sich um eine Verordnung und eine Richtlinie. Es ist eines der aufwändigsten und langwierigsten Gesetzgebungsverfahren, mit denen das Parlament je zu tun hatte. Bis 2017 sollen nun nicht nur neue Chemikalien, sondern auch Stoffe, die vor 1981 produziert und auf den Markt gebracht wurden, bei einer zentralen Chemieagentur registriert werden. Das Gesetzespaket soll 30.000 chemische Substanzen in allen möglichen Produkten einer strengeren Kontrolle unterwerfen. Gestaffelt nach Produktionsmengen und Gefährlichkeit müssen die Hersteller und Anwender geeignete Tests und Informationen bereitstellen, die es erlauben, das Risiko der Stoffe zu bewerten. In den ersten drei Jahren soll die Agentur vor allem Chemikalien überprüfen, die in großen Mengen hergestellt werden, als krebserregend und erbgutverändernd gelten und sich im Körper anreichern. Ziel ist es, die riskantesten Stoffe ganz zu ersetzen. Ich habe in der Endabstimmung den gesamten Bericht, zum dem es über 1000 Änderungsanträge gab, abgelehnt, da dieser Gesetzesvorschlag ca. 1100 Seiten umfasst und dies dem für mich wichtigsten Ziel der Gesetzgebung in der Europäischen Union, Bürgerfreundlichkeit, vollkommen widerspricht. Für Mittelständler ist eine solche Mammutvorschrift weder praktikabel noch anwendbar. Diese aber wären von dem Gesetz besonders betroffen. Zudem sind die Kosten, die auf die Unternehmen zukommen, nicht konkret ermittelt.

Die Schlußabstimmung der ersten Lesung ergab 398 Ja- zu 148 Nein-Stimmen bei 36 Enthaltungen. Nun wird sich der Ministerrat damit befassen. Danach wieder das EP.

2. Fangnormen Richtlinie

Ein weiteres Thema war der Richtlinienvorschlag der Kommission zur "Einführung humaner Fangarten für bestimmte Tierarten" (Fallenfang von wild lebenden Tieren).

Trotz der Tatsache, dass dem Wohlergehen wild lebender Tiere eine hohe Priorität gegeben werden muß und international vereinbarte Fangnormen zur Reduktion von vermeidbaren Tierleiden erstrebens- und begrüßenswert sind, habe ich in der Plenardebatte am Mittwoch für eine Ablehnung des europäischen Vorschlags geworben, da eine solche Regelung Gegenstand der eigenen Rechtssprechung der Mitgliedsstaaten ist. Die von der Kommission gewählte Gesetzesgrundlage untergräbt die Kompetenz der Mitgliedsstaaten und mißachtet die Subsidiarität. Das Protokoll zum Schutz und Wohlergehen der Tiere, das dem EG-Vertrag angehängt ist, ermächtigt die EU lediglich, das Wohlergehen von Tieren im Zusammenhang mit den Politikbereichen Landwirtschaft, Transport, Binnenmarkt und Forschung zu beachten. Der Vorschlag der Kommission wurde am Donnerstag erwartungsgemäß in der Plenarsitzung abgelehnt.

3. Bekämpfung des Klimawandels

"Die Klimaänderung ist eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, die weltweit schwerwiegende negative Folgen für die Umwelt, die Wirtschaft und das Sozialgefüge mit möglicherweise katastrophalen Auswirkungen hat", so das Parlament in dem Bericht der mit 450:66:143 Stimmen angenommen wurde. Die Abgeordneten schlugen sieben Schwerpunkte einer EU-Strategie zur Abschwächung der Klimaänderung vor. So müssen, aufbauend auf Kyoto, verbindliche Emissionsziele für Treibhausgase und ein globales Handelssystem in Verbindung mit Höchstmengen eingeführt werden. Des Weiteren müssen die Emissionen bis zum Jahr 2020 um 30% gesenkt werden. Drittens müssen im Rahmen eines "proaktiven Konzepts" insbesondere die USA eingebunden werden. Viertens sind mit Ländern wie China, Südafrika, Brasilien und Indien strategische Partnerschaften aufzubauen, um sie bei der Entwicklung von nachhaltigen Energiestrategien zu unterstützen und ihre Mitwirkung bei Bemühungen um eine Emissionsreduzierung zu gewährleisten. Fünftens verlangt das Parlament eine nachdrückliche Förderung von Forschung und Innovation im Bereich nachhaltiger Energietechnologien. Sechstens seien europäische und einzelstaatliche Rechtsvorschriften zur Förderung größerer Energieeffizienz und zur Senkung der Preise für Technologien, die die Auswirkungen auf das Klima verringern, notwendig. Schließlich müsse "ein wesentlich stärkeres direktes Engagement für Bemühungen um Emissionsreduzierung auf der Ebene der Unionsbürger" gefördert werden.

4. "Schwarze Liste" für Airlines

Fluggesellschaften mit gravierenden Sicherheitsmängeln müssen ab Frühjahr 2006 damit rechnen, auf einer "schwarzen Liste" der EU zu stehen. Die Fluglinien, die auf der schwarzen Liste stehen, sollen in der EU nicht mehr fliegen dürfen. Außerdem müssen Reiseveranstalter künftig ihre Kunden über die Identität des Luftfahrtunternehmens informieren, mit dem sie transportiert werden. Die Kommission muss mindestens alle drei Monate prüfen, ob ein Unternehmen von der Liste zu streichen ist oder neu aufgenommen werden muss.

III. Weitere Themen waren

- Entwicklungsstrategie für Afrika
- Binnenmarkt für Rüstungs- bzw. Verteidigungsgüter
- Der Globalisierung eine soziale Dimension geben

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm.

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hmayer@europarl.eu.int

und

Internet: www.europa-mayer.de